

## Vierzig Jahre danach immer noch keine Gedenkstätte

### Verein „An der Synagoge“ für Standort am Brückenkopf

(rik) Mehr oder weniger offen waren die Vorwürfe, die auf der Offenen Kuratoriumssitzung des Vereins „An der Synagoge“ gegen die durch Stadtdirektor Dr. Klaus Rauen vertretene Verwaltung der Stadt Bonn erhoben wurden. Der Verein, der auf die Unterstützung der Stadt angewiesen ist, sucht seit längerer Zeit einen geeigneten Platz für eine „Erinnerungsstätte an die Bonner Opfer des Nationalsozialismus“. Im geplanten Brückenhaus an der Kennedybrücke glaubten sie einen würdigen Ort gefunden zu haben, schon deshalb, weil die 1939 zerstörte Synagoge in genau diesem Bereich gestanden hat. Das für dieses Gelände von der Stadt Bonn geplante Bauvorhaben berücksichtigte diese Idee und gestand dem Verein einen Teil des dort geplanten Brückenhauses zu. Allerdings stellte sich heraus, daß die nach realisierbaren Bauvorhaben — geplant ist ein Hotelkomplex — verbleibenden Räume kaum noch genügend Platz übrig lassen würden.

„Was ist das für eine Stadt Bonn, die einer solchen für alle Menschen und besonders für interessierte Jugendliche wichtigen Initiative solche Schwierigkeiten macht?“, fragte Jugendpfarrer Joachim Kudenberger. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt, 46 Jahre nach der Befreiung durch die Alliierten, sei eine solche Politik aus Zögern um so weniger zu verstehen. Auch Superintendent Rolf Schleichmann äußerte sich in seinem Rechenschaftsbericht kritisch zu diesem Punkt.

Vom 1. Vorsitzenden des Vereins Rolf Dählbors darum gebeten, nahm Stadtdirektor Dr. Klaus Rauen Stellung zu den erhobenen Vorwürfen. Als Freund und Förderer möge man ihm das Recht auf Kritik nicht verwehren, bat er. Er verstehe die Dringlichkeit des Anliegens und suche zusammen mit der Verwaltung nach Lösungsmöglichkeiten für das Problem des Standortes der Gedenkstätte. Er erläuterte die Schwierigkeiten, die mit dem Investor des Bauvorhabens beständen, die Ansprüche des Vereins nach größerer Fläche für ihr Zentrum zu verwirklichen.

Es sei nicht unwahrscheinlich, daß dieser Investor aus dem gesamten Bauvorhaben aussteige, falls man von städtischer Seite auf diesem Mehr an Platz für den Verein „An der Synagoge“ bestche. Außerdem hege er persönlich einige Zweifel daran, ob der Platz am Brückenkopf dem Zweck angemessen sei. Seiner Meinung nach müsse ein würdigerer Ort für diese wichtige Gedenkstätte zu finden sein.

Mit dieser Meinung stieß er allerdings auf Widerstand bei allen Anwesenden. In Anbetracht der Geschichtsträchtigkeit dieses Geländes — das ehemalige Jüdengeto und die Judepforte lagen hier — sei in ganz Bonn kein angemessenerer Platz denkbar, und man wolle und könne nicht warten, bis in einigen Jahren vielleicht ein Neubau erstellt sei, der genügend Raum biete, war die übereinstimmende Meinung des Kuratoriums. — Auch die anwesenden Vertreter der vier Fraktionen schlossen sich dieser Ansicht an, und sagten zu, im Rat der Stadt für einen modifizierten Bebauungsplan zu stimmen.

## Debatte um jüdische Gedenkstätte

### CDU näherte sich den Vorstellungen der Opposition

(axe) Für nur wenig geeignet hält die CDU das Brückenhaus an der Kennedybrücke als Standort für eine jüdische Gedenkstätte. CDU-Ratsherr Karl König sagte gestern in der Bezirksvertretung Bonn, dieses Gelände sei einer Gedenkstätte nicht würdig, weil zum Beispiel das Brückenhaus bislang als Theaterlager diene. Hinzu kämen die ständige Lärmbelastung durch den Verkehr sowie der ungünstige Standort zwischen Kennedybrücke und mehrstöckigen Häusern.

Der Verwaltungsentwurf sah für das zwei-stöckige Brückenhaus nur eine eingeschossige Bebauung vor. Nach zweieinhalbstündiger Debatte stimmte die CDU aber dem Oppositionsvorschlag zu, die Bebauung auf zwei Geschosse zu erhöhen und damit die Erhaltung des Brückenhauses „möglicher“ (König) zu machen. Heftige Kritik hatte zuvor die Opposition an der ihrer Ansicht nach schwammigen textlichen Erläuterung des Planentwurfes geübt, der eine Gedenkstätte nicht einmal erwähne. CDU und Verwaltung meinten dagegen, der Entwurf lasse auch eine Gedenkstätte zu.

Die sachliche Diskussion — die CDU bescheinigte dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer Gerd Heidemann einen „kühlen Kopf“ — zeigte bei der Mehrheitsfraktion Wirkung. Nach einer Sitzungsunterbrechung und interner Diskussion war sie bereit, die Erhaltung des Brückenhauses zu erleichtern. Die Verwaltung wurde mit den Stimmen von CDU und FDP beauftragt, mit dem Investor Verhandlungen über die Errichtung einer Gedenkstätte zu führen, im Bebauungsplan

das Brückenhaus zweigeschossig auszuweisen und die Baugrenzen um das Haus herumzuführen. Die Zustimmung von SPD und Grünen blieb aus, da die CDU die zunächst zugestandene Klausel „zweigeschossig in der gegenwärtigen Höhe“ dann doch ablehnte. Damit wäre neben der Geschoszahl auch die absolute Bauhöhe bestimmt worden. Herbert Spoelgen (SPD): „Das schließt nicht aus, daß hier doch eine Hotelküche entsteht.“

Trotz der Zugeständnisse blieb die CDU bei ihrer Ablehnung des Standortes, der von den anderen Parteien wegen der Historie als Ort des ehemaligen Judenviertels und der Synagoge bevorzugt wird. Unterstützung fand die CDU in Stadtdirektor Klaus Rauen, der anregte, die Gedenkstätte in ein stadgeschichtliches Museum zu integrieren. Im Optionsvertrag mit dem Investor ist nach Angaben des Beigeordneten Gerd Nieke vereinbart, daß beim Bau auf historische Funde, etwa aus der Römerzeit, Rücksicht genommen wird.